

Kamen, 28.1.2021

Rede zum Entwurf des Haushalts 2021

In diesem Jahr ist alles ganz anders. Corona beeinflusst nicht nur unser aller Leben, sondern natürlich auch den Kamener Haushalt 2021.

Mit 4,3 Millionen Euro gibt der Kämmerer im Haushalt die Belastungen, die als Folge der Pandemie entstanden sind, an. Wir wollen nicht darüber streiten, ob das richtig gerechnet ist, ob nicht auch Minderausgaben in anderen Bereichen entstehen werden, ob alle Positionen direkte Folge der Pandemie sind.

Aber: diese 4,3 Millionen tauchen gar nicht in der Bilanz für den Haushalt auf, sondern werden als „außerordentlicher Ertrag“ erst einmal auf die Habenseite gebucht.

Ist wirklich alles anders?

Na ja, die neben COVID 19 wichtigsten drei politischen Themen sind die gleichen geblieben:

1. Die sich immer weiter verstärkende soziale Ungleichheit
 2. Der Klimawandel – vor allem bedingt durch die immer höhere Konzentration an CO₂ in unserer Atmosphäre (verstärkt durch andere Klimagase)
 3. Das Erstarken von antidemokratischen und rassistischen Parteien und Bewegungen
- Auch den städtischen Haushalt haben wir auf diese Themen hin untersucht – natürlich unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen.

Zur sozialen Ungleichheit

Wir erkennen an, dass die Verwaltung mit

- sozialem Dienst,
- enorm hohen Ausgaben im Jugendbereich,
- Präventionsarbeit in den Jugendzentren und Bürgerhäusern,
- der Fortführung des Präventionskonzepts,
- der Unterstützung der Kindertagesstätten,
- der Unterstützung der Schulen und der VHS,

- aber auch mit Ausgaben für den Sport und die Kultur, vor allem für die Bücherei, das Museum und die Musikschule

viel Geld für das Miteinander aller Menschen in Kamen in die Hand nimmt. Auch um der sozialen Ungleichheit entgegen zu wirken!

Insgesamt fehlt bei den Planungen von neuen Baugebieten immer noch ein fest geschriebener Anteil von Sozialwohnungen, da sind andere Städte weiter.

Für Kamen wäre es ein positives politisches Signal und für Kamener Bürger*innen mit sehr niedrigem Einkommen ein besonders solidarischer Akt, wenn man ihnen umgehend FFP2 Masken kostenlos zur Verfügung stellen würde.

Zum Klimawandel

Hier fällt der enorme Flächenverbrauch auf, der vor allem durch die Logistik-Ansiedlungen entstanden ist. Wenigstens die riesigen Dachflächen könnte man doch begrünen oder für die Erzeugung von Solarstrom nutzen. Doch das dies in den Plänen nicht vorgeschrieben ist und sich für die Logistiker nicht zu lohnen scheint. Auch das Problem der vor den Toren campierenden Fernfahrer*innen ist mit einem Dixie-Klo noch lange nicht gelöst.

Dazu belasten die Lieferverkehre die Umwelt und die Menschen.

Und im Haushalt: Buchungen die den Lärmaktionsplan und kommunale Klimaschutzkonzept betreffen, tauchen im Haushalt auf. Hier werden Dinge, die vor Jahren beschlossen sind, endlich umgesetzt.

Und dass nicht alle Erwartungen, die mit den Logistikhallen verknüpft sind, in Erfüllung gehen, zeigt sich gerade an Lünener Straße, wo riesige Hallen demnächst leer stehen werden und kaum Arbeitsplätze entstanden sind.

Und auch das von der SPD lange protegierte Projekt der OW IIIa scheint in Dortmund politisch beerdigt zu sein. Nicht alle Natur und Landschaft sollte dem Motto „just in time“ geopfert werden.

Durch die Ansiedlung der Logistik,

durch die Vernachlässigung bzw. Aufgabe der Schiene und

durch den billigen Kau im Internet (der gleichzeitig zur Verödung der Innenstädte führt, hier tatsächlich verstärkt durch die Covid-19-Pandemie)

nimmt der Lkw-Verkehr immer weiter zu.

Inzwischen setzt sich bundesweit die Überzeugung durch, dass die Bundesregierung zur Durchsetzung von Klima- und Umweltzielen den motorisierten Individualverkehr zurückdrängen muss. Bislang wurde das vermieden, mit Rücksicht auf die Autofahrer und die Autokonzerne.

Vielleicht setzt sich auch in der hiesigen SPD mal die Überzeugung durch, aus dem gleichen Grund eine Parkraumbewirtschaftung einzuführen. Die Einnahmen würden einen erheblichen Beitrag zur Sanierung des Haushalts liefern.

Die Bäder

Indirekt tauchen das neue Kombibad zum ersten Mal im Haushalt auf – das war in Corona-Zeiten fast vergessen worden.

Für den von uns angestrebten Erhalt der Stadtteilbäder sieht es wohl sehr schlecht aus. Das Bad in Methler ist im Besitz des Fußball- und Leichtathletikverbandes und Bergkamen (das alle Stadtteilbäder geschlossen hat – sich aber immer mit einem Vereinsbetriebenen Naturfreibad in Heil schmücken kann) will wohl nicht für die Verluste im Rahmen der GSW mit aufkommen. So war es kürzlich in der Presse zu lesen.

Zum Eintreten gegen Rassismus und für Demokratie

Mittel, die für Schulen, Jugendzentren, Kitas und Kultur ausgegeben werden, bieten auch immer Möglichkeiten zum Eintreten gegen Rassismus und für Demokratie. Zurzeit sind antirassistische Botschaften in Zeiten der Videokonferenzen für Schule und Jugendzentren schlecht rüberzubringen.

Trotz Gleichstellungsbeauftragten und trotz Frauenüberschuss in der Verwaltungsspitze sind Frauen bei den danach folgenden Führungspositionen in der Kamener Stadtverwaltung immer noch unterrepräsentiert. Doch weltweit nehmen die Proteste von Frauen zu, in diesem Jahr wird der ‚Equal pay day‘ auf dem 14. März fallen, da der Gender Pay Gap (der durchschnittliche Unterschied im Stundenbruttolohn) in Deutschland 19 Prozent beträgt. Am 14. März erreichen die Frauen dann statistisch das Gehalt, das die Männer schon am 31. Dezember hatten.

Wenn Corona abnimmt, werden die Bewegungen wie „Black lives matter“ wieder sichtbarer werden. Das gilt auch für „Fridays for Future“ oder „Extinction Rebellion“.

Es wäre schön, wenn auch die VHS – deren Integrationsarbeit im Rahmen der Sprachkurse zu loben ist – sich diesem Thema wieder widmen würde.

Weiteres

Wegen Corona werden wir die Stadthalle in diesem Jahr nicht erwähnen.

Zurück zu COVID und damit zurück zum Sozialen

Es ist gut, dass der Staat für Unternehmer, Selbstständige und auch für Beschäftigte mit vielen Milliarden Euro hilft. Doch irgendwann muss irgendwer die Coronahilfen bezahlen

Ver mehrt, so ergab jetzt eine öffentliche Umfrage, wollen Städte und Gemeinden ihre Gebühren und Steuern erhöhen. Da ist natürlich wieder die Grundsteuer im Gespräch, deren Erhöhung das jetzige Haushaltssicherungskonzept erst möglich gemacht hat. Zahlen müssten dann Eigentümer*innen von Eigenheimen und die Mieter*innen.

23 Prozent der befragten Kommunen wollen ihr Angebot einschränken. Mal sehen, was da in den nächsten Jahren noch auf uns zukommt.

Doch wann wird sich die Bundesregierung endlich dazu durchringen

- mit einer Vermögenssteuer die Reichen – deren Vermögen in Zeiten der Pandemie weiter gewachsen ist – zu besteuern,
- mit einer Digitalsteuer (längst beschlossen in der EU) die großen Corona-Gewinner, wie Amazon, Mikros oft oder auch Google zu belasten – und die Gelder dann für die Stärkung der Innenstädte zu verwenden?

Oder wird Norbert Blüm mit seiner Aussage: „Die Schulden des Staates haben immer die kleinen Leute bezahlt“ doch recht haben?

Zum Schluss

Wir werden den Haushalt – wie im letzten Jahr – nicht ablehnen, aber es sind genügend Argumente aufgeführt, die einer Zustimmung von uns entgegenstehen.

Klaus Dieter Grosch